

Ökonomische Prozesse und Bedingungen als Determinanten der "Konstitution sozialer Probleme"

Widmaier, Hans Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Widmaier, H. P. (1981). Ökonomische Prozesse und Bedingungen als Determinanten der "Konstitution sozialer Probleme". In J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980* (S. 130-143). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135454>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ökonomische Prozesse und Bedingungen als Determinanten der „Konstitution sozialer Probleme“

Hans Peter Widmaier

Soziale Probleme werden nicht von Sozialwissenschaftlern definiert, sondern durch ökonomische Prozesse und Bedingungen verursacht. Dies ist die Ausgangsthese meines heutigen Beitrags.

Alle sozialwissenschaftlichen Versuche zur objektiven und subjektiven Erfassung sozialer Probleme sind bisher fragwürdig geblieben (vgl. G. ALBRECHT: 1977).

Die Fragenkataloge, etwa von Merton und selbst die Versuche einer theoretischen Bestimmung sozialer Probleme im Rahmen einer interaktionistischen Theorie durch Blumer, krankten daran, daß die zentralen Basisinstitutionen kapitalistischer Wirtschaften mit ihrer Konstituierung sozialer Probleme weitgehend unberücksichtigt bleiben. Dies ist zugleich die Legitimation dafür, daß eine ökonomisch begründete Position zur Diskussion sozialer Probleme einen wichtigen Stellenwert in der theoretischen Diskussion haben könnte.

Mit dieser ökonomischen Position zur Bestimmung der Konstitution sozialer Probleme wird zurückgegriffen auf eine wissenschaftliche Tradition, die beispielsweise in der historischen Schule der Nationalökonomie ebenso ihren Platz gefunden hat wie im Bereich des Institutionalismus der Volkswirtschaftslehre. Nicht zuletzt wird in diesem Zusammenhang notwendigerweise auch auf Elemente der politischen Ökonomie zurückgegriffen, die weite Teile der Diskussion des 19. und des 20. Jahrhunderts beherrscht haben.

Noch einmal: nicht sozialwissenschaftliche Definitionen sozialer Probleme werden hier thematisiert, sondern die Auswirkungen ökonomischer Prozesse und Determinanten, sowie ihre politischen Ausprägungen im Rahmen kollektiven, demokratischen und bürokratischen Handelns werden zum Ausgangspunkt einer systematischen Diskussion der Entstehung und Behandlung politischer – insbesondere sozialer und sozialpolitischer Probleme – im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften.

Damit rückt mein Ansatz sowohl in den Bereich interaktionistischer Theorien sozialer Probleme, die den Prozeß der kollektiven Beschreibung sozialer Probleme in den Vordergrund stellt, als auch in den Zusammenhang einer ökonomischen Theorie der Gesellschaft.

Zum ökonomischen Ansatz zur Bestimmung sozialer Probleme

Neuere Ansätze versuchen durch die Herausarbeitung der zentralen Rolle wirtschaftlicher und sozialer Macht die *Entscheidungsstrukturen, Informationsstruktu-*

ren und Motivationsstrukturen für die Erfassung und Erklärung gesellschaftlicher und sozialer Phänomene fruchtbar zu machen (NEUBERGER/DUFFY: 1976). Die folgenden Abschnitte orientieren sich im wesentlichen an KROMPHARDT: 1980 und THIEME: 1980.

Es ist charakteristisch für diesen Ansatz, daß nicht nur die Entscheidungsträger um die Abstimmung der von ihnen getroffenen Entscheidungen in die Diskussion einbezogen werden, sondern auch ihre Motivationsstruktur, d.h. die Motivationsstruktur der beteiligten Personen, nämlich Arbeiter, Unternehmer, Stimmbürger, Politiker, und auch die dazugehörigen Informationsstrukturen.

Bei der Entscheidungsstruktur geht es zunächst um die Autorität bei Entscheidungen im ökonomischen und politischen Bereich und die Verteilung dieser Autorität auf die Wirtschaftsbürger und Stimmbürger, d.h. Individuen, Gruppen und Organisationen. Die Verteilung der Entscheidungsmacht auf die Mitglieder der Entscheidungsstruktur bestimmt wesentlich die Bewältigung sozialer Probleme.

Zum zweiten spielt die Informationsstruktur einer Gesellschaft eine entscheidende Rolle in bezug auf die Koordination zwischen unterschiedlichen Entscheidungsbereichen, wie marktwirtschaftlichen Prozessen auf der einen Seite und nicht-marktwirtschaftlichen Prozessen auf der anderen Seite.

Drittes Element des Ansatzes ist die Motivationsstruktur, die für die einzelnen Entscheidungsträger von besonderer Bedeutung ist. Motivationsstrukturen schaffen Handlungsmöglichkeiten, Einfluß und Bewertung von Handlungsalternativen, wobei die einzelnen Mitglieder des Systems, wie Marktteilnehmer und Stimmbürger unterschiedlich motiviert werden können. Beispielsweise durch Tradition, durch Egoismus, durch Solidarität, durch freiwillige Unterordnung, durch Zwang und schließlich durch die Vermittlung privater Anreizsysteme, die jenseits der bisher Genannten liegen könnten.

Eine solche Klassifizierung führt uns zu drei möglichen Kriterien zur Beurteilung kapitalistischer Gesellschaftsformationen in bezug auf die Determinanten sozialer Probleme: nämlich

1. Eigentums- und Verfügungskriterien,
2. Informations- und Koordinationskriterien,
3. Motivationskriterien.

Eigentums- und Verfügungskriterien bedeuten in kapitalistisch-organisierten Gesellschaftsformationen, daß Entscheidungen über Produktion und deren Niveau und Struktur sowie die Verteilung sowie die Konsumtion von dezentral agierenden Wirtschaftseinheiten sowie Oligopolen und Monopolen gefällt werden. Dabei ist der entscheidende Entscheidungsbereich die Produktionsentscheidung. Gemildert wird diese Verfügungsgewalt durch Mitbestimmung, die jedoch permanent in Frage gestellt wird. Andererseits haben staatliche Regelungen über Verfügungsgewalt und Nutzung der Eigentumsrechte Barrieren gegenüber einer schrankenlosen Ausnutzung dieser Verfügungsgewalt errichtet und dies aus einer produktionspolitischen Notwendigkeit heraus ebenso wie im Gefolge politischer Forderungen.

Zu den *Informations- und Koordinationskriterien* gehören in kapitalistischen Gesellschaften sowohl Marktsignale (wie Preise und Löhne), als auch Mengenindikatoren, wie Lieferfristen, Auftragsbestände und Warenvorräte, die jedoch im Zuge der kapitalistischen Evolution zu sozialen Probleme sehr konkreter Art geführt haben, auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

Mit dem Aspekt der *Motivationskriterien* schließlich ist das Verhalten der unterschiedlichen Entscheidungsträger in kapitalistischen Gesellschaftsformationen angesprochen. Dabei steht das Profitmotiv der Unternehmer seit Marx im Vordergrund.

Es ist das Verdienst von Max Weber, das Planmäßige, Regelmäßige, Rechenhafte des rationalen Handelns im Kapitalismus hervorgehoben, und das besondere Verdienst von Herbert Marcuse, diese Form der Rationalität als kapitalistische kritisch dargestellt zu haben. Besonderes Augenmerk sollten wir in unserem Zusammenhang mit der Konstitution sozialer Probleme darauf legen, daß die privatistische Motivation der Handelnden in kapitalistischen Systemen zu einer systematischen Divergenz zwischen individueller und gesellschaftlicher Rationalität führt.

Man könnte folgende Charakteristika kapitalistischer Systeme in bezug auf die Konstitution sozialer Probleme zusammenfassen:

Eine kleine Zahl von Monopolen, Oligopolen und eine immer geringer werdende Zahl von privaten Unternehmern entscheidet über den Einsatz der Produktionsmittel und damit über die Produktion von Waren für einen unvollkommenen Markt. Auf der anderen Seite steht die Mehrheit der Bevölkerung, nämlich Arbeiter und Angestellte ohne Besitz an Produktionsmitteln in einem institutionalisierten Verhandlungssystem mit den Eigentümern an Produktionsmitteln.

Zur Information und Koordination ist zu sagen, daß die erhofften und erwarteten Marktsignale als Preis- und Mengenindikatoren kaum noch die Möglichkeit bieten, Absatz und Gewinnmöglichkeiten zu koordinieren und mit den Entscheidungen der Nachfrager zu verbinden (Zyklizität der wirtschaftlichen Entwicklung).

In bezug auf die Motivation in kapitalistischen Gesellschaftsformationen spricht man mit Recht von einer Motivationskrise, nämlich daß privatistisches, individualistisches, kooperatistisches Handeln dominiert und sich die Schere zwischen individueller und gesellschaftlicher Rationalität weiter öffnet, und damit zum weiteren Ursprungsgrund sozialer Problematik wird.

Ökonomische Prozesse und Bedingungen als Determinanten sozialer Probleme und Bestimmungsgründe für sozial- und wirtschaftspolitisches staatliches Handeln

Im Zusammenhang mit der realen Entwicklung ökonomischer Prozesse und Bedingungen in kapitalistischen Gesellschaftsformationen als wichtigen Bestimmungsgrößen sozialer Probleme wird im folgenden entlang der Teilbereiche von Entscheidungsstrukturen, Informationsstrukturen und Motivationsstrukturen auf die wichtigsten realen Probleme kapitalistischer Gesellschaftsformationen zurückgegriffen, nämlich:

1. Die aus dem Konflikt zwischen Kapitaleignern und Arbeitnehmern historisch sich herausbildende Institutionalisierung des Klassegegensatzes und der damit verbundenen Institutionalisierung der sozialen Frage mit ihren Tendenzen zur Verrechtlichung, Monetarisierung und Zentralisierung;
2. Die durch die Dominanz des Profitmotivs und seine selbstverstärkende Tendenz herleitbaren wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse im industriellen und im Dienstleistungsbereich;
3. Die durch die Tendenz zur ökonomischen Rationalität in kapitalistischen Gesellschaftsformationen induzierten Lernprozesse und ihre einer gesellschaftlichen Rationalität gegenläufige Tendenz;
4. Die immanente Instabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die sich in Turbulenzen der Realsphäre von Bedarfs- und Mengenstrukturen ebenso äußert, wie in der Preissphäre, aber auch im politisch-administrativen System mit seinen

demokratischen, interessengruppenspezifischen und bürokratischen Entscheidungsstrukturen.

Diese Ausfächerung immanenter Entwicklungstendenzen kapitalistischer Gesellschaftsformationen soll Ansatzpunkt dafür sein, individuelle und soziale Probleme, die zu sozial- und wirtschaftspolitischen Handeln führen (oder nicht führen – „Political Bads“) herauszuarbeiten.

Zu 1.: Institutionalisierung des Klassegegensatzes

(Herrschaftsinstrument des Staates, produktionspolitische Notwendigkeit kapitalistischer Gesellschaftsformationen und politische Artikulation individueller und sozialer Probleme)

In der geschichtlichen Entwicklung staatlicher Sozialpolitik, etwa beginnend mit der Arbeiterschutzgesetzgebung, Fabrikgesetzgebung, der Gesetzgebung über die Begrenzung von Frauen- und Kinderarbeit, der Begrenzung des Arbeitstages und der institutionellen Austragung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit ist eine Tendenz zur Institutionalisierung von Sozialpolitik *von oben* (durch den Staat) charakteristisch. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang die umfangreiche Sozialgesetzgebung (beginnend mit Bismarck und fortgesetzt bis heute). Diese Institutionalisierung staatlicher Sozialpolitik wurde auch von einer produktionspolitischen Notwendigkeit getragen, insofern die Konkurrenz der Kapitaleigner untereinander zu einem Raubbau an dem Produktionsfaktor Arbeit geführt hatte und systematisch auch führen mußte.

Diese, aus Gründen der *Herrschaftsausübung* und einer *produktionspolitischen Notwendigkeit* entstandenen staatlichen sozialpolitischen Tätigkeitsfelder wurden im Zuge der kapitalistischen Entwicklung ergänzt und erweitert durch eine zunehmende *Organisation* der Arbeiter und Angestellten in Arbeiterbünden, Genossenschaften und Gewerkschaften. Dadurch wurde die Institutionalisierung des Klassengegensatzes und der Sozialpolitik *von unten* (von der Basis) erweitert und ergänzt: der politische Druck der organisierten Arbeitskraft bedeutete konkrete Artikulation individueller und sozialer Bedürfnisse durch politische und genossenschaftliche Organisation.

Dadurch verwandelte sich das Nachfragemonopol der Arbeitgeber (*Monopson*) bezüglich des Faktors Arbeit in ein Verhältnis, das wohl am besten als *oligopolartige* Situation zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bezeichnet werden kann. Mit der institutionellen Regelung der Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapitaleignern verbanden sich Tendenzen zur *Verrechtlichung*, *Monetarisierung* und *Zentralisierung*. Diese Tendenzen bedeuteten zunächst durch ihre Ablösung der feudalen Privilegien durch das bürgerliche Recht in der Phase des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus eine Auflösung feudal-ökonomischer und politischer Beziehungen bürgerliche Rechtsbeziehungen. Ebenso wie das Recht der bürgerlichen Gesellschaft, sich als politisches Instrument im Kampfe gegen die Monarchie und die privilegierte Landaristokratie entwickelte, so bedeutete die Schaffung von Rechtspositionen für die Arbeiter und Angestellten durch die staatliche Sozialpolitik und die Gewährleistung einer institutionell geregelten Konflikt-austragung (Tarifautonomie) einen politischen Erfolg.

Im Zuge der weiteren Entwicklung staatlicher Sozialpolitik ging diese emanzipatorische Intention verloren, und zwar zugunsten von Tendenzen zur Verrechtli-

chung, Monetarisierung, Zentralisierung sozialer Probleme. Bildhaft wurden die Gesetze der Massenproduktion wirksam: Notlagen, Fürsorge- und Vorsorgeprobleme wurden nach Rechtsnormen massenhaft abhandelbar, die Partner des sozialpolitischen Geschäfts über die formal rechtliche Regelung einander entfremdet.

Hinzu treten allerdings im Rahmen ordnungspolitischer Maßnahmen die sozialpolitisch relevante rechtliche Verankerung der Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl, der Gewerbefreiheit, der Sozialgesetzgebung und der Mitbestimmungsregelungen und neuerdings die Bemühungen zur rechtlichen Absicherung einer Humanisierung der Arbeitswelt.

Die Grenzen fanden diese ordnungspolitischen Lösungen systematisch an der Kapitalorientierung bzw. Profitorientierung im Rahmen ordnungspolitischer Vorstellungen kapitalistischer Gesellschaftsformationen. Eine Wende in Richtung einer Arbeitsorientierung (Orientierung am Faktor Arbeit statt Kapital) fand systematisch nicht statt.

Verrechtlichung der Politik bedeutete in der Phase des Übergangs von Feudalismus zum Kapitalismus eine „Auflösung ökonomischer und politischer Beziehungen in Rechtsbeziehungen“ (J.P. SEIFERT, 1971, S. 185 ff.) ... An die Stelle des Privilegiums tritt das Recht.

Wie das Recht der bürgerlichen Gesellschaft sich als ein politisches Instrument im Kampf gegen die Monarchie und die privilegierte Grundaristokratie entwickelte, so kennzeichnet die Sozialgesetzgebung die Institutionalisierung des Klassengegensatzes: „Die Organisation des Proletariats zur Klasse ... erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform“ schreiben Karl Marx und Friedrich Engels im Hinblick auf die englische 10-Std.-Bills (MEW, Bd. 4, S. 471). Und viele Jahre später spricht K. Marx in diesem Zusammenhang vom „Sieg eines Prinzips“: Im Zuge der weiteren Entwicklung der Institutionalisierung des Klassengegensatzes in der Arbeiterbewegung ging diese ökonomische Intention in der Verrechtlichung sozialer Probleme verloren. Und zwar zugunsten einer Tendenz der Verrechtlichung sozialer Probleme, die soziale Probleme nach Rechtsnormen abhandelbar machte und die Klienten der Sozialpolitik durch formalrechtliche Regelungen einander entfremdete. Der emanzipatorische Impetus ging verloren:

Die verschiedenen Rechtssysteme des Verwaltungsrechtes, des Beamtenrechts und des Arbeitsrechts bestimmen die Struktur der sozialpolitischen Behörden und über das Besoldungsrecht auch ihre Personalverhältnisse. Ein am genormten Sozialfall kasuistisch sich orientierendes Leistungsrecht regelte den sozialpolitischen Inhalt der sozialen Handlung formal juristisch. Eine schleppend arbeitende und permanent überforderte Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit regelt den Vollzug der sozialpolitischen Gesetzgebung und sorgt für ihre Einhaltung: „Das ganze soziale Geschäft erhält einen juristischen Charakter“ (ACHINGER 1971, S. 88).

Neben dem Rechtssystem hat auch das *ökonomische Denksystem* das Wie der Produktion sozialpolitischer Güter stark beeinflusst: Die Monetarisierung sozialpolitischer Güter und Dienstleistungen bezeichnet die typische Scheinlösung sozialer Probleme über die Schaffung von Geldeinkommen. Das Sozialbudget wird zur stolzen Produktionsziffer für sozialpolitische Anstrengungen aber auch zum Kritikpunkt wachsender Staatstätigkeit.

Produktion von Sozialpolitik durch den Staat, die Besetzung des sozialpolitischen Raumes durch die Denksysteme des Rechts und der Ökonomie bedeutete zugleich ihre *Zentralisierung und Bürokratisierung* als dem dritten hervorstechenden Element der Trias der Verrechtlichung, Monetarisierung und Bürokratisierung. Nicht

mehr individuelle Caritas, ehrenamtliche Hilfe in Not- und Risikofällen bestimmen das Feld der Sozialpolitik, sondern die sozialen Verwaltungen mit ihrer

- Regelgebundenheit
- der Kontinuität der Amtsgeschäfte
- ihrer Kompetenzregelung
- und den damit verbundenen Instanzenwegen.

Einst revolutionäre, rationalisierende Ablösung feudaler Herrschaft zeigen die bürokratischen Formen der Produktion von Sozialpolitik heute deutliche Anzeichen der Erstarrung des ineffizienten Einsatzes knapper Ressourcen und eine „Borniertheit der Institutionen“ (Chr.v. FERBER) z.B. in der mangelhaften Anpassung an sich verändernde sozialpolitische Bedürfnisse. Die regelgebundene, sozialen Tatbeständen namentgebende Fixierungsarbeit sozialpolitischer Bürokratien kommt damit zwar dem zunehmenden sozialpolitischen Bedürfnis nach Sicherheit formal sehr entgegen, blockiert andererseits den Einfallsreichtum in bezug auf die Schaffung neuer, innovativer sozialpolitischer Instrumente und Ziele (H. ACHINGER, a.a.O., S. 85).

Zu 2.: Profitmotiv und Konzentrationsprozesse in kapitalistischen Gesellschaftsformationen

Die Dominanz des Profitmotivs in kapitalistischen Gesellschaftsformationen hat als ein sich selbstverstärkendes Element im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß zu betrieblichen und branchenspezifischen Konzentrationsprozessen geführt, die in keiner Weise vorher in Umfang und Struktur vorhersehbar gewesen sind. Diese Konzentrationsprozesse haben sowohl im Produktionsbereich (Angebot), als auch im Dienstleistungsbereich (Nachfrage) stattgefunden und spezifische Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Arbeiter und Angestellten innerhalb dieser Bereiche, aber auch außerhalb dieser Bereiche gezeigt.

Für Josef Schumpeter ist das *Profitmotiv* das treibende Element kapitalistischen Wirtschaftens, die Produktion (und Dienstleistung) „nur eine Nebenerscheinung beim Erzielen von Profiten“. Noch fehlt eine geschlossene Theorie des Profits, doch einige Bausteine für eine Profittheorie lassen sich zusammentragen:

- das Profitmotiv als treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus (J.A. Schumpeter).
- Bereits J.M. Keynes hat die Produzentensouveränität (Souveränität der Unternehmer) nachgewiesen, und die damit verbundene Umkehrung der Prämissen des Marktmodells konstatiert: nicht die Konsumenten, sondern die Unternehmer bestimmen wesentlich die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse (vgl. auch die Arbeit von John K. Galbraith).
- Die Existenz von ‚economies of scale‘ (Möglichkeiten der Massenproduktion) in der industriellen Produktion (wie auch im Dienstleistungsbereich) bedeuten eine immanente Tendenz zur Verstärkung von Konzentrationsprozessen. Dies bildete schon den Kern der klassischen Kritik am Konkurrenzmodell.
- Die Möglichkeit, Wettbewerbsvorteile zu erzielen und auszubauen bietet ebenfalls eine Tendenz zur Vermachtung der Märkte, zur Bildung von Oligopolen und Monopolen.
- Neben dem *Profitmotiv* steht in kapitalistischen Gesellschaften das Prinzip der

Profitmaximierung als Handlungsstrategie. Diese Strategie bedeutet eine Tendenz zur Monopolpreispolitik, zur offenen oder versteckten Marktabsprache oder offener bzw. versteckter Monopolpreisbildung mit entsprechenden Profitmöglichkeiten.

Zu 3.: Die Motivationskrise des Kapitalismus

In Anknüpfung an die klassische Arbeit von Max Weber über die „Protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus“ hat sich in neuerer Zeit eine Debatte darüber entwickelt, inwiefern eine Tendenz zur Konditionierung der Bürger in kapitalistischen Staaten zu *homines oeconomici* stattfindet. In Anlehnung an lerntheoretische Kategorien spreche ich in diesem Zusammenhang von einer ökonomischen Konditionierung des Bürgers, der in einem säkularen Tradierungsprozeß in den verschiedenen Sozialisationsinstanzen der Gesellschaft wie Familie, Arbeitsplatz, Politik und Schule zu dieser dominierenden Form der Verhaltensweise gezwungen wird. Diese sozialisations- und lerntheoretische These bildet zugleich den Stützpfeiler für die These, daß der Erklärungswert ökonomischer Theorien, ökonomischer, sozialer und politischer Entscheidungsprozesse durchaus als realistische Beschreibungen des Ist-Systems Wohlfahrtsstaat heranzuziehen sind (G. SCHMÖLDERS: 1971).

Ökonomische Rationalität im Wohlfahrtsstaat ist bürgerliche Rationalität des Wirtschaftens: Was, wieviel, wie und für wen produziert wird, ist materiell und inhaltlich eingeschränkt durch die privatwirtschaftliche Organisation des Wirtschaftens und seiner Gewinnorientierung. Klassisch dazu schon die Formulierung bei Max Weber: „Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn ... als faktisch unabänderliches Gehäuse gegeben ist ... er zwingt dem einzelnen die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf ... der heutige, zur Herrschaft im Wirtschaftsleben gelangte Kapitalismus also erzieht und schafft sich im Wege der ökonomischen *Auslese* die Wirtschaftssubjekte ... deren er bedarf“ (M. WEBER: 1965, S. 92).

Freilich stößt dieses ökonomische Rationalprinzip bei seiner tendenziellen Durchsetzung in den ökonomischen und politischen Entscheidungsbereichen an Grenzen unterschiedlichster Art: So beispielsweise auf der Ebene sozialer und kultureller Probleme, wie im Bereich von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Kranken, Alten und Hilfsbedürftigen ebenso wie in ökonomischen Bereichen, in denen das Profitmotiv keine Anwendungsmöglichkeiten (mehr) bietet. Hier liegt auch einer der genuinen Ursprünge für sozialpolitisches Handeln im speziellen und staatliches Handeln im allgemeinen im Rahmen wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten. Auch stößt die Orientierung wirtschaftlichen Handelns am ökonomischen Rationalprinzip an Grenzen, die Jürgen Habermas im Zuge seiner Überlegung zur „Dialektik der Rationalisierung“ (J. HABERMAS, in: H.P. Widmaier (Hrsg.): 1974, S. 255 ff) am Beispiel industrieller vom ökonomischen Rationalkalkül dominierter Rationalisierungsprozesse als „Pauperismus in der Arbeit“ und in seiner Fortsetzung in der Konsumwelt und Freizeitsphäre als „Pauperismus im Konsum“ bezeichnet hat. Konkret heißt das, daß bestimmte Elemente und Merkmale unserer Gesellschaftsordnung, wie das System der ungleichen Bildungschancen, die Existenz seelischer Nöte und Notlagen und das, was Habermas den „staatsbürgerlichen Privatismus“ nennt immer schon im Zuge der sozialen Prozesse unserer Gesellschaft als Mißstände erkennbar sind, bevor überhaupt sozialpolitisch eingegriffen wird und zwar systematisch eingegriffen wird. Mit anderen Worten drückt dies Christian von Ferber so aus: „Vorentthal-

tene Bildung, seelische Verkrüppelung, anerzogener Konformismus zum Zwecke schmerzloser Ausbeutung treten in den Gesichtskreis der „formal rationalsten Mittel der Orientierung wirtschaftlichen Handelns“ nicht ein, sie sind immer schon geschehen, ehe die soziale Umverteilung einsetzen kann“ (Chr.v. FERBER: 1967).

Unterstützt wird die These eines gleichsam vorprogrammierten homo oeconomicus als dominierende Verhaltensweise in kapitalistischen Gesellschaften durch das massenhafte Zurücktreten und Zurückdrängen religiöser Überzeugungen in diesen Gesellschaften. Gestützt wird die These auch durch die systematische Organisation partikulärer Egoismen in organisierten Gruppen.

Hier zeigt sich auch die feine Ambivalenz des individualistischen Ansatzes sobald er eingebettet wird in eine gesellschaftstheoretische Bezugsebene: Der scheinbar privatistisch isolierte Egoist ist Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse und erst im Zuge von Sozialisationsprozessen zum homo oeconomicus konditioniert worden – eine Einsicht, die schon bei John Stuart Mill in nuce vorhanden ist; eine Einsicht, die zugleich Hoffnung bedeutet für eine Umkehr dieses Lernprozesses in Richtung der Erlernung solidarischer, kooperativer und sozialer Verhaltensweisen. Ein Phänomen, das wir ja trotz unterschiedlicher Anlässe und Ziele bei Kleingruppen-Experimenten gesellschaftlichen Lebens und anderen Versuchen sozialer Gemeinschaften bestens studieren und untersuchen können. Damit eröffnet sich für uns die Möglichkeit, die Bedingungen zu studieren und zu erforschen, unter denen eine andere Form der sozialen Verhaltensweise als der des homo oeconomicus erlernbar gemacht werden kann.

Zu 4.: Die Zyklizität wirtschaftlicher Entwicklung im Kapitalismus

Nach Jahren der Wachstumseuphorie, der dankbaren Entgegennahme von immer mehr Gütern und Dienstleistungen im Zuge einer rapiden wirtschaftlichen Entwicklung macht sich im Zuge der weltweiten wirtschaftlichen Rezession in der Mitte der 70-er Jahre eine Wiederbesinnung auf die *Zyklizität wirtschaftlicher Evolution* breit. Ich fasse diesen Gedanken zusammen in der Diskussion *systematischer Turbulenzen* in

- der Gütersphäre
- der Preissphäre
- dem politisch-administrativen System in Form demokratischen Handelns, kollektiver Aktion und bürokratischen Handelns.

Dabei gehe ich von der Grundhypothese aus, daß in der Regel eine endogene Stabilisierung der Turbulenzen (außer in Boomphasen) kaum oder nicht möglich ist, vielmehr eine endogene Verstärkung der Turbulenzen systematisch nachgewiesen werden kann (W. VOGT: 1974/75). Ich spreche in diesem Zusammenhang in Anlehnung an die in den 30er Jahren entwickelten Thesen von Gunnar Myrdal (1965, S. 205 ff.) von *kumulativen Prozessen der Verursachung*. D.h. die Turbulenzen der einen Sphäre setzen sich über die Interdependenz der Institutionenbereiche systematisch auch in anderen Bereichen fort und verstärken dort unter Umständen die endogen angelegte Instabilität.

Die Existenz von Turbulenzen, die kaum vorhandene Möglichkeit einer endogenen Stabilisierung und die gleichzeitig bestehende Möglichkeit einer endogenen Verstärkung der Turbulenzen in den einzelnen Bereichen bedeutet unter dem System-

imperativ der ökonomischen und sozialen Stabilität für die staatlichen Instanzen – hier insbesondere die sozialpolitischen Instanzen – die Notwendigkeit einer ständigen politischen Intervention (Wirtschafts- und Sozialpolitik).

Der eigentliche Grund – so die hier vertretene Auffassung – für die Turbulenzen in den genannten Bereichen und ihre Verstärkung über kumulative Prozesse der Verursachung liegt im *Spannungsverhältnis zwischen individueller Rationalität und gesellschaftlicher Irrationalität*. Die systematische Durchsetzung der individuellen Rationalität bei den unterschiedlichen Akteuren wie Unternehmern, Arbeitern, Mitgliedern organisierter Gruppen, Stimmbürgern und Mitgliedern staatlicher Bürokratien wendet sich also systematisch gegen die gerade auf diesem Prinzip der individuellen freien Entscheidung basierende ordnungspolitische Konzeption der sozialen Marktwirtschaft.

Betrachten wir zunächst das *Preissystem*: Ursprünglich instrumental gedacht als eine Möglichkeit der Beseitigung von Ungleichgewichten auf dem Gütermarkt durch Preisänderungen, auf dem Arbeitsmarkt durch Lohnvariationen und auf dem Geldmarkt durch Zinsveränderungen, deutet die Entwicklung, wie sie bereits von John Maynard Keynes und im Post-Keynesianismus gedeutet wurde, darauf hin, daß zwar grundsätzlich eine solche Tendenz zur Beseitigung von Ungleichgewichten besteht, aber andererseits eine systematische Tendenz zu beobachten ist, daß die Preisreaktion von Mengenreaktionen überholt werden (siehe unten).

Hinzu kommt, daß das Preissystem durch die Vermachtung bzw. Institutionalisierung im Bereich des Konflikts zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern ein Ort der Austragung dieses Konflikts geworden ist: es wird dabei wesentlich um Einkommensansprüche der jeweiligen Seite gerungen (Lohnquote, Gewinnquote). Die dabei entstehenden Turbulenzen entwickeln sich entsprechend der Gewinn- bzw. Lohnorientierung der Kontrahenten in zwei Richtungen: Bei vorherrschender Gewinnorientierung der Unternehmer und der sich selbst verstärkenden Tendenz des Profitmotivs erleben wir eine Entwicklung zu immer größeren Betriebseinheiten, zu Oligopolen und Monopolen, kurz, zu einer Verstärkung der Konzentrationsprozesse. Andererseits führen die Auseinandersetzungen zu Turbulenzen im Preissystem, die sich als inflationäre Prozesse ausmachen lassen: Einmal in Form einer gewissen strukturellen Inflation, die durch die Lohnführerschaft einzelner Gewerkschaften im Zuge einer gesamtwirtschaftlichen Gewerkschaftspolitik möglich ist. Durch die Lohnführerschaft einzelner Gewerkschaften, die andere Bereiche mit weniger technischem Fortschritt mitziehen, ergibt sich ein „Bodensatz an Inflation“. Zum anderen: Bei der Möglichkeit, Preisüberwälzungen vorzunehmen und der starken Marktmacht der Gewerkschaften in Boomzeiten kann sich dann eine explosionsartige Entwicklung in bezug auf inflationäre Prozesse anbahnen. In allen genannten Fällen ist es die Dominanz individueller Rationalität in ihrer materialen Beschränkung auf Einkommensvorteile: Beim Unternehmer die dezentrale Entscheidung über den Produktionsprozeß, die Profitorientierung und der Verzicht auf eine gesamtwirtschaftliche Perspektive; beim Arbeitnehmer die ökonomische individualistische Fixierung auf Realeinkommenssteigerungen – eine Politik, die als Reduktion der Gewerkschaftsstrategie auf die individuell ökonomischen Interessen der Arbeitnehmer bezeichnet werden kann.

Auch die Turbulenzen in der *Realsphäre* (Gütersphäre) sind auf die dezentralen Entscheidungen der Unternehmer, der Arbeiter und Konsumenten zurückzuführen. Ich möchte dies am Beispiel der Rezession verdeutlichen: Bei der Existenz eines Überangebotes an Waren kommt es auf Seiten der Unternehmer zu Produktionsein-

schränkungen; das Volkseinkommen und die Sparsumme sinkt (Multiplikatorprozeß). Die von den Unternehmern vorgenommenen Produktionseinschränkungen führen zu einem Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften und unter bestimmten Bedingungen zu Arbeitslosigkeit. Resultate sind, wie in der gegenwärtigen Situation eine Kapazitätsauslastung im Umkreis von 80 % und eine Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von einer Million Arbeitskräfte.

Die Rationalitätsfalle

Das Paradoxon der Situation möchte ich beschreiben mit dem Terminus *Rationalitätsfalle*: Die Unternehmer und Arbeiter laufen beide aufgrund ihrer individuellen Rationalität ungewollt in diese Rationalitätsfalle, obwohl grundsätzlich sowohl die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen und dem damit verbundenen Einkommen und die Unternehmer an der Vollauslastung ihrer Produktionsanlagen interessiert sind und Unternehmer und Arbeiter zusammen an einem wirtschaftlichen Wachstumsprozeß interessiert sind, der beiden größere Einkommensmöglichkeiten verschafft.

Wie ist das Öffnen und Zuschnappen der Rationalitätsfalle zu erklären? Eine mögliche Erklärung liegt in der individualistischen Orientierung aller Teilnehmer am Wirtschaftsprozess (ökonomische Konditionierung). Ein weiteres mögliches Erklärungsmoment finden wir in der Organisation des Wirtschaftsablaufes selbst: Bei dezentraler Entscheidungsfindung steuern die konjunkturellen Signale (Überangebot oder Mangel an Gütern, Arbeitslosigkeit oder Überbeschäftigung, Inflation, Stagflation, Kapazitätsauslastung) die individuellen Entscheidungen der Unternehmer und Arbeiter in die gesellschaftliche Irrationalität. In der Rezession erhalten wir folgendes Bild: Erreicht die Unternehmer das Signal eines Überangebotes der von ihnen produzierten Waren, werden sie mit einer Reduktion ihrer Produktion (bzw. der Wachstumsrate der Produktion) antworten. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sowie eine Reduzierung der Arbeitseinkommen und des Gewinns sind die Folge. Die Rezession hat eine selbstverstärkende Tendenz, die noch dadurch verstärkt wird, daß auch die Arbeiter und Angestellten bei Arbeitslosigkeit oder ihrer Gefahr (z.B. Kurzarbeit) ihre Ausgaben nach Möglichkeit einschränken (vgl. das Ansteigen des Sparvolumens privater Haushalte in der Rezession 1975/76). Über den Multiplikator induzieren sie damit einen weiteren Rückgang der Einkommen und eine zusätzliche Verstärkung der Rezession. Die je individuell 'richtige' Entscheidung ergibt eine sich selbstverstärkende Tendenz zur gesellschaftlichen Irrationalität.

Die Rationalitätsfalle zeigt sich aber auch im Boom. Auch hier läßt sich eine Verstärkungstendenz der Turbulenzen beobachten und dies ist im folgenden Ablauf begründet: In der Aufschwungphase werden die Unternehmer den Auslastungsgrad ihrer Anlagen zu erhöhen versuchen und sie werden die Investitionstätigkeit verstärken. Dadurch erweitern sie den Kapitalstock und die Kapazitäten gemäß der individuellen Rationalität des Vorgehens. Jedoch ist die über den Akzelerator- und Multiplikatormechanismus veranlaßte Erhöhung der Gesamtnachfrage (über die Investitionsnachfrage) noch intensiver. Der damit auftretende gesamtwirtschaftliche Effekt steht damit wiederum im Widerspruch zur individuellen Rationalität: Die Turbulenz wird immanent verstärkt. Diese gesellschaftliche Irrationalität wird noch verstärkt durch die in der Aufschwungphase mögliche Preispolitik (Überwälzungschancen der Oligopole und Monopole) und die Lohnpolitik der Gewerkschaften (Nominallohnsteigerungen).

Politische Entscheidungsprozesse als Determinanten sozialer Probleme

Die aufgezeigten Turbulenzen und Instabilitäten im ökonomischen Bereich ergeben nun verschiedene spezifische Ansatzpunkte für staatliche Interventionen im Sinne der Produktion politischer Güter. Dabei stellt sich uns die zentrale Frage, ob die *politischen Prozesse* dahingehend wirken, daß die Widersprüchlichkeit (ausgedrückt als Rationalitätsfalle) des ökonomischen Systems sich im politischen Bereich reproduziert. Oder anders gefragt, gelingt es die Turbulenzen der ökonomischen Prozesse in den politischen Prozessen zu beseitigen, zu kompensieren oder zumindest in ihren Ausschlägen zu reduzieren? Oder ist nicht vielmehr die Gefahr zu erwarten, daß sich die Rationalitätsfalle über die Fortsetzung ökonomischer Rationalität in den politischen Entscheidungsprozessen auch im politisch-administrativen System nachweisen läßt? Mit der Konsequenz einer systematischen Instabilität (politischen Krise) auch in diesem Bereich.

Für eine Analyse der Wirkungsweise des *politisch-administrativen Systems* ist wiederum die historische Erscheinungsform des homo oeconomicus konstitutiv und zwar für die Handlungsweise aller Akteure im politischen System: Die Stimmbürger, die Lobbyisten und die Politiker. Für jeden Akteur gibt es zwar im Rahmen der politischen Arbeitsteilung eine unterschiedliche soziale Funktion, diese wird aber nur über die Vermittlung der privaten Motivationen beziehungsweise ihrer ökonomischen Konditionierung – nämlich Einkommen, Macht und Prestige zu vermehren – nebenher befriedigt (Nebenproduktsthese). So wie die Bedarfsdeckung im ökonomischen Bereich nur das Nebenprodukt kapitalistischen Wirtschaftens ist, nämlich ein der Profiterzielung untergeordnetes Nebenprodukt, so ist die Produktion von Politik im politisch-administrativen System des Wohlfahrtsstaates vermittelt denkbar und wohl auch realistisch über die Anreize privater Motivation der politischen Akteure. Ökonomische Konditionierung, die Existenz von Informationskosten, unvollständige Information aller Beteiligten über den politischen Entscheidungsprozeß und seiner Resultate sowie eine oligopolistische Struktur des Parteienmarktes (wenige große Parteien konkurrieren um einzelne Stimmbürger) führen über den Einsatz der Lobbyisten und wirtschaftlichen Interessenverbänden zu systematischen Informationsverzerrungen. Als ihr Resultat ergibt sich eine durch ungleiche Einkommens-, Macht- und Vermögensverteilung bedingte politische Ungleichheit unter den Wählern.

A. DOWNS spricht von der systematischen Ausbeutung der Konsumenten durch die Produzenten auch über den Umweg der Regierungspolitik, P. BERNHOLZ von der systematischen Bevorzugung marktmächtiger Interessengruppen durch die Regierungspolitik (A. Downs, in: H.P. Widmaier: 1974, S. 121 ff. und P. Bernholz, in: H.P. Widmaier, 1974, S. 173 ff.).

Ökonomische Konditionierung und die damit verbundene Entpolitisierung breiter Schichten der Bevölkerung bedeuten aber zugleich auch eine Politik der Wahlgeschenke, der Bevorzugung taktischer gegenüber strategischer Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und damit eine beständige Gefahr der Umwandlung von Turbulenzen im ökonomischen Bereich in Turbulenzen im politisch-administrativen System (politische Krisen).

Wenn es keinen Mechanismus oder keinen systematischen Prozeß gibt, der Gruppenhandeln im Sinne solidarischen, kooperativen Handelns erzeugt und garantiert, so wird die ökonomische Konditionierung der Individuen auch im Gruppenhandeln dominierend wirken. Der homo oeconomicus ist deshalb auch zum Ausgangspunkt

für die Formulierung einer *Logik kollektiven Handelns* verwandt worden. Dabei ergibt sich die Tendenz, daß Gruppenhandeln im Wohlfahrtsstaat in der Regel nur durch Zwang oder in Verbindung mit selektiven, privaten Anreizen zu erreichen ist. Diese sind jedoch nur eine notwendige und nicht hinreichende Bedingung für Gruppenaktivität bzw. die Entstehung sozialer Gruppen. Neben den genannten Elementen spielen auch die Organisationsfähigkeit eines besonderen Interesses, die mit der Organisation verbundenen Organisationskosten und die Konfliktfähigkeit eines besonderen Interesses eine zentrale Rolle als zusätzliche Bedingungen für die Organisation von besonderen Interessen in Gruppen. Das bedeutet, daß sich die Galbraith'sche These von der „Macht erzeugt Gegenmacht“ umkehrt in die These „Macht erzeugt Ohnmacht“. Breite Schichten der Bevölkerung bleiben nach dieser Logik kollektiven Handelns unorganisiert, obwohl Gruppen eine zentrale Funktion für die Produktion politischer Güter im politisch-administrativen System haben. Gedacht ist in diesem Zusammenhang an die unorganisierten Gruppen der Steuerzahler, der Konsumenten, der Friedensfreunde, der Inflationsgeschädigten, der an Depression leidenden und anderer latenter, nicht organisierter Gruppen in unserer Gesellschaft. Hinzu kommt, daß das Bargaining der organisierten Gruppen systematisch zu Lasten der unorganisierten oder machtlosen Gruppen in der Gesellschaft verläuft. Das Ergebnis dieser Logik kollektiven Handelns – basierend auf der ökonomischen Konditionierung der Staatsbürger – erzeugt demnach nicht automatisch ein Gegengewicht zu den in der ökonomischen Grundstruktur entstehenden Turbulenzen. Vielmehr setzt sich auch hier der kumulative Prozeß der Durchsetzung individueller Rationalität fort.

Schließlich bleibt zu fragen, ob nicht die *Logik bürokratischen Handelns* in der Staatsverwaltung, vertreten durch die einzelnen Gebietskörperschaften wie Bund, Länder und Gemeinden im Bundesstaat der Bundesrepublik Deutschland ein notwendiges Korrektiv darstellen für die im ökonomischen und in Teilen des politisch-administrativen Systems auftretenden Turbulenzen. Oder setzt sich auch hier – im Außen- und Innenverhältnis der staatlichen Bürokratien – individuelle Rationalität und das ökonomische Kalkül im engeren Sinne durch? Im Wohlfahrtsstaat schaffen vor allem die ständig notwendigen staatlichen Interventionen in den Wirtschaftsablauf wie Globalsteuerung, antizyklische Finanzpolitik, Strukturpolitik, aber auch Sozialpolitik eine direkte Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Sphäre und den von dort aus artikulierten Interessen. Damit wird sowohl die These von der wachsenden Eigenständigkeit staatlicher Bürokratien (Max Weber) als auch die gängige Neutralitätsthese – nämlich Repräsentant des Volkswillens zu sein – systematisch in Frage gestellt.

Bezüglich des Binnenverhältnisses der Staatsverwaltung können wir zwei weitere Elemente einer Ökonomisierung festhalten: Einmal das horizontale und vertikale Konkurrenzverhältnis der Bürokratien im Föderalismus untereinander, das oft auch zu einem Konfliktverhältnis sich entwickelt; zum anderen soll auf die Tendenz zu einer dominierend ökonomischen Motivation des Beamtenstabs verwiesen werden. In der horizontalen Ebene der Fachressorts konkurrieren die verschiedenen Fachabteilungen bzw. Ministerien in einer Weise miteinander, daß die Koordination der Einzelinteressen in Richtung auf ein gesellschaftliches Gesamtinteresse systematisch in Frage gestellt ist. Es ist vielmehr zu vermuten und wohl auch empirisch belegbar, daß sich in der Regel die produktionsorientierte gegenüber der sozialpolitischen Bürokratie durchzusetzen vermag oder zumindest ihre Grenzen bestimmt. In der Vertikalen konkurrieren und konfliktieren nicht nur die nationalen Staatsverwaltun-

gen untereinander (im Föderalismus), sondern auch die internationalen Bürokratien. Damit verbindet sich eine Tendenz der inhaltlichen Entleerung wirtschafts- und sozialpolitischer Zielsetzungen, eine Tendenz wiederum zum taktischen Handeln, das strategischem Handeln vorgezogen wird und schließlich eine Tendenz zu einer systematischen Überforderung der staatlichen oder parastaatlichen Bürokratie.

Zum Innenverhältnis der Bürokratie wird in der neueren Literatur politischer Entscheidungsprozesse die ökonomische Motivation der Beamten – nämlich Macht, Einkommen, Prestige, Sicherheit, Bequemlichkeit usw. zu erlangen – zur Erklärung innenbürokratischen Verhaltens herangezogen. Dabei wird in einer Typologie zwar differenziert zwischen im reinen Eigeninteresse handelnden und Personen mit einer gemischten Motivationsstruktur. Der Tendenz nach wird jedoch die partielle Loyalität der Beamten mit gemischter Motivationsstruktur im Konflikt der Bürokratien mit der Außenwelt und der Konkurrenzsituation und Konfliktsituation der Bürokratien untereinander abgebaut. Als Grundtendenz – so die Interpretation – bleibe die dominierend ökonomische Handlungsweise auch der Beamten mit den entsprechend negativen Auswirkungen für die soziale Funktion der Bürokratie: Auch ihre politischen Güter werden wiederum nur als Nebenprodukt produziert.

Die Rationalitätsfalle schnappt also auch im politisch-administrativen System zu und es entsteht im Wohlfahrtsstaat eine auffallende Diskrepanz zwischen verbriefter Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Offengelegte Wachstumserfolge erweisen sich mehr und mehr als illusorisch, wenn man die kumulative Zunahme volkswirtschaftlicher und politischer Turbulenzen betrachtet. Diesen Zusammenhang zwischen Industrialisierung, Kapitalismus und Politik bringt Herbert Marcuse auf die folgende Formulierung: „Die Tauschgesellschaft, in der alles so frei und rational zugeht, tritt unter die Herrschaft ökonomischer und politischer Monopole. Der Markt und seine Freiheiten ... wird einer erschreckend wirksamen Regulierung unterworfen, in der das Allgemeininteresse scharf von den herrschenden Partikularinteressen bestimmt und geprägt wird.“

Literatur

- ACHINGER, H., Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik, 1972 (2. Auflage im Eigenverlag des Deutschen Vereins für Öffentliche und private Fürsorge Frankfurt).
- ALBRECHT, G., Vorüberlegungen zu einer 'Theorie sozialer Probleme', in: Christian von Ferber u.a.: Sonderheft 19/1977 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 143 ff.
- BÖCKELS, L., SCHARF, B., WIDMAIER, H.P., Machtverteilung im Sozialstaat, München 1976.
- DOWNS, A., Inside Bureaucracy, Boston 1965 und W.A. NISKANEN jr., Bureaucracy and Representative Government, Chicago 1971.
- FERBER, Chr.v., Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft, Hamburg 1967.
- GEIGER, Th., Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949.
- HABERMAS, J., Die Dialektik der Rationalisierung, in: H.P. Widmaier (Hrsg.), Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M., 1974, S. 225 ff.
- HARTWICH, H.H., Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Köln und Opladen 1970.
- HEIMANN, E., Soziale Theorie des Kapitalismus, Theorie der Sozialpolitik, Tübingen 1929, S. 157.
- ISRAEL, J., Der Begriff der Entfremdung, Makrosoziologische Untersuchung von Marx bis zur Soziologie der Gegenwart, Reinbek bei Hamburg 1972.
- KLEINHENZ, G., LAMPERT, H., Zwei Jahrzehnte Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 22, 1971, S. 103 ff.

- KROMPHARDT, J., Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus – von seiner Entstehung bis zur Gegenwart, Göttingen 1980.
- LEDERER, K., MACKENSEN, R., Gesellschaftliche Bedürfnislagen, Göttingen 1975.
- MARCUSE, H., Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt 1965, S. 128; daraus: Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers; wiederabgedruckt in: H.P. Widmaier (Hrsg.), Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M., 1974, S. 246 ff.
- MYRDAL, G., Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft, Hannover 1965, Kap. 9, S. 205 ff.
- NEUBERGER, E., DUFFY, W.J., Comparative Economic Systems. A Decision-making Approach, Boston 1976.
- REICHART, R., Bedürfnisforschung im Dienste der Stadtplanung. Theoretische Konzepte und Forschungsstrategien, Wien 1974.
- RIESE, H., Wohlfahrt und Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg, Oktober 1975.
- SCHMÖLDERS, G., „Der verlorene Untertan“, Düsseldorf und Wien 1971.
- SEIFERT, J.P., Verrechtlichte Politik und die Dialektik der marxistischen Rechtstheorie, in: Kritische Justiz Nr. 4/1971, S. 185 ff.
- SCHUMPETER, J.A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950.
- THIEME, H.J.: Wirtschaftssysteme, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, München, 1980, S. 1-47.
- VOGT, W., Eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Manuskript Regensburg 1974.
- WEBER, M., Die protestantische Ethik, hrsg. von Johannes Winkelmann, München und Hamburg 1965, S. 92.
- WIDMAIER, H.P., Arbeitsorientierte Wachstumspolitik, in: H.K. Schneider, Beiträge zur Wachstumspolitik, Berlin 1970, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 55, S. 109 ff; dazu auch die Arbeiten am WSI und in den WSI-Mitteilungen (Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH).
- DERS., Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat, Reinbek 1976.
- DERS., Zur Theorie der Durchsetzbarkeit sozialer Bedürfnisse, in: Chr. von Ferber und F.-X. Kaufmann (Hrsg.), Sonderheft 19/1977 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.
- DERS. (Hrsg.): Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M., 1974.